

Neues Präsidium der Kantonalpartei

Am ordentlichen Parteitag vom 21. Juni 2014 wird die neue Parteipräsidentin respektive der neue Parteipräsident der SP Kanton Aargau gewählt. Das Verfahren bis zur Wahl wird in diesem Artikel dargelegt.

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau hat entschieden, eine Findungskommission (FK) für das künftige Parteipräsidium einzusetzen. Diese konstituiert sich selbst und wird bei der Arbeit organisatorisch durch das Parteisekretariat unterstützt. Die Findungskommission besteht aus den folgenden in der Partei bestens verankerten Personen: Pascale Bruderer Wyss, Urs Hofmann, Yvonne Feri, Dieter Egli, Barbara Kunz-Egloff, Martin Killias und Dumeng Girelli di Giovanoel.

Die Findungskommission hat sich Mitte Februar zum ersten Mal getroffen und das Anforderungsprofil für die künftige Präsidentin, den künftigen Präsidenten beraten. Anlässlich der Geschäftsleitungssitzung vom 18. Februar haben die Findungskommission und die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau (GL) dieses bereinigt und wie folgt verabschiedet:

Anforderungsprofil Präsidium SP Kanton Aargau

Die Präsidentin oder der Präsident der SP Kanton Aargau hat folgenden Anforderungen zu erfüllen:

- Verfügt über sehr gute Kenntnisse der kantonalen Politlandschaft.
- Hat klare politische Ziele und Visionen für die Partei und den Kanton Aargau.
- Verfügt über Führungskompetenzen und nimmt die Führung gegenüber den Parteigremien (GL, Parteisekretariat, Parteirat) und der Gesamtpartei wahr.
- Muss vermittelnd und integrierend tätig sein.
- Vertritt die Partei glaubwürdig in der Öffentlichkeit.
- Weist hohe Medien- und Auftrettskompetenz auf.

David Zehnder



- Ist belastbar und verfügt über die notwendigen Zeitressourcen.

Damit die Findungskommission rechtzeitig mit Interessierten Gespräche führen kann, melden sich Interessierte bis zum 17. März via Parteisekretariat oder direkt bei den Findungskommissionsmitgliedern. Melden nicht frühzeitig Interessierte ihre Kandidatur an, wird die Findungskommission in der Kandidierendensuche von sich aus aktiv.

Die statutarischen Grundlagen für die Ausschreibung und die Wahl finden sich in Art. 15 Abs. 6 und Abs. 7 lit. d der Statuten der Kantonalpartei. Folgende wichtige respektive statutarisch vorgeschriebene Termine und/oder Phasen gelten als festgelegt:

- Bis 17. März: Meldung von Interessierten an die Findungskommission respektive das Parteisekretariat, anschliessend Gespräche mit der Findungskommission
- Bis 29. April: Offizielle Aus-

schreibung Präsidium und Geschäftsleitung

- 28. Mai, 10 Uhr: Ablauf Meldefrist Kandidaturen Präsidium und Geschäftsleitung (schriftliche Eingabe unter Beifügung des Lebenslaufs und eines Motivationsschreibens an das Parteisekretariat, sekretariat@sp-aargau.ch)

- 3. Juni, 18 Uhr: Vorstellungsrunde respektive Hearing in der Geschäftsleitung

- Bis 6. Juni: Versand der Unterlagen an die Parteitagsdelegierten
- 21. Juni: Wahl durch den ordentlichen Parteitag 2014

Bei Fragen stehen die Mitglieder der Findungskommission und/oder der Parteipräsident gerne zur Verfügung.



Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Kanton Aargau und Grossrat.

EDITORIAL

Personenfreizügigkeit und Wakker-Preis

Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat mich nicht erstaunt,



auch das klare Ergebnis im Aargau nicht. Das Unbehagen vieler Leute war greifbar. Der Hinweis auf die flankierenden Massnahmen, auf

die drohende Kontingentsbürokratie oder die Gefahr eines Endes des bilateralen Weges mit der EU verfangen nicht. Zur Minderheit, die seit je gegen alles Fremde antritt und die Überfremdung der Schweiz fürchtet, gesellten sich viele weitere besorgte Bürgerinnen und Bürger – aus Angst, dass alles irgendwie aus dem Ruder läuft und uns entgleitet.

Wie die EU langfristig reagiert, wissen wir nicht. Klar ist jedoch: Auch mit Kontingenten braucht es nicht weniger, sondern griffigere Massnahmen gegen tiefe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen. Sonst ist die nächste Überfremdungsinitiative so sicher wie das Amen in der Kirche.

Vor mehr als 25 Jahren stellte die Stadt Aarau die Weichen für die Stadtentwicklung richtig. Der Wakker-Preis zeigt: Den öffentlichen Raum und die Stadtentwicklung zu gestalten, lohnt sich.

Was haben Personenfreizügigkeit und Wakker-Preis miteinander zu tun? Wer meint, mit Zuschauen und dem freien Markt komme es schon gut, ist auf dem Holzweg. Da reichen Kontingente nicht. Kämpfen wir dafür, dass die Schweiz dereinst den Preis für eine gute Einwanderungs-, Siedlungs- und Arbeitsmarktpolitik erhält! Die Umsetzung der SVP-Initiative dürfen wir nicht der SVP überlassen.

Urs Hofmann von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat. Zur Zeit der neuen Stadtentwicklungsstrategie der Stadt Aarau hatte Urs Hofmann als Stadtrat das Ressort Hochbau inne.

KOMMENTAR

Was darf und was kann ein AKB-Chef kosten?

2014 bekommt ein Aargauer Regierungsmitglied jährlich 299 663 Franken plus 15 000 Spesenpauschale und Verwaltungsrats-Sitzungsgelder. Und eine im Vergleich zum Staatspersonal und den LehrerInnen sehr komfortable Pensionsregelung.

Eine im Juni 2012 fast einstimmig überwiesene SVP-Motion bestimmt nun – 1:12 lässt grüssen –, dass der Lohn des Chefs der Aargauer Kantonalbank (AKB) «im Maximum das Doppelte» eines Regierungslohns beträgt. Die Regierung bastelt noch an der Umsetzung, das revidierte AKB-Gesetz kommt zirka im April 2014 in die Anhörung. Was Äpfel und was Birnen sind, mit denen man (nicht) vergleichen soll, ist noch Regierungsgeheimnis. Die «Schafseckelbeilage» für die Regierung wird wohl mit der Risikoverantwortung bei der AKB aufgerechnet.

Der bis 2015 amtierende AKB-Chef Rudolf Dellenbach bekommt rund 1 Million Franken Lohn inklusive Bonus, dazu eine Beletage-Versicherung zur APK-Rente. Der oder die Neue in der AKB nicht mehr. Die Stelle ist seit Heiligabend 2013 ausgeschrieben – ohne Lohnangabe. Die Frage ist nun: Bekommt man für rund 600 000 Franken (inklusive Bonus) eine oder einen guten AKB-CEO?

Problemlos, findet der frühere Bankratvizepräsident Jörg Stumpf: Seit der Finanzkrise 2008 gelten neue Regeln und tiefere Löhne im Bankenwesen. Es gibt erfahrene BankerInnen im Idealalter 45 bis 50 auf dem Markt: Alle Sparten wurden gestrafft und Leute entlassen. Qualität hängt zudem nicht vom Lohn ab, und der grosse Markt spielt hier nicht – es geht um keinen globalisierten Job. Aber um eine Bedingung: Der oder die Neue darf nicht geldgierig sein. Wahlbehörde ist der Bankrat.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Salomé Strobel



FACHAUSSCHUSS DIVERSITY

Gesucht: Engagierte

Mit der Schaffung eines Fachausschusses Diversity setzt die Geschäftsleitung SP Kanton Aargau einen Beschluss des Parteitag vom 17. September 2013 um. Allerdings konnte bislang noch niemand für die Leitung des neuen Fachausschusses gewonnen werden.

«Eine Gesellschaft, die Diskriminierung zulässt, sei es aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der ethnischen Herkunft, der Religion, der sozialen Herkunft oder eines physischen oder psychischen Handicaps, erleidet Schaden in ihrem sozialen und wirtschaftlichen Gefüge.» So beginnt das Kapitel «Gleichstellung» im Legislaturprogramm der SP Kanton Aargau. Umschrieben wird damit der weit gefasste Gleichstellungsbegriff «Diversity».

Der Begriff «Diversity» stammt aus der Betriebsökonomie und zielt auf optimale Ausschöpfung und wirtschaftliche Nutzung des Potentials der Mitarbeitenden bei heterogener Zusammensetzung von Teams. Dennoch hat der Begriff – angereichert um moralische Vorstellungen von Chancengerechtigkeit – im Gleichstellungszusammenhang Konjunktur und lenkt mehr und mehr den Fokus von der Gleichstellung der Geschlechter auf weitere «Benachteiligungskategorien» wie soziale Herkunft, Ethnie, sexuelle Orientierung, Behinderung, Alter etc.

Diversity – Verschieden sein in der SP Aargau

Vor allem von Seiten der JUSO war die Abschaffung der SP Frauen gefordert worden, mit dem Argument, Gleichstellung müsse heute viel weiter im Sinne von Diversity gefasst werden. Da kurz darauf Ende 2012 die SP Frauen Aargau ihre Bilanz bei der Geschäftsleitung deponierten und diese für die Zukunft der SP Frauen zuständig erklärten, setzte die Geschäftsleitung für 2013 das Thema zuoberst auf die Prioritätenlisten und organisierte eine breite parteiöffentliche Diskussion.

In drei eher schlecht besuchten Veranstaltungen wurden die Themen Gleichstellung und Chancengerechtigkeit in ihrer Vielfalt ausgelotet. Am 17. September 2013 bestätigte schliesslich der Parteitag die an den Themenanlässen erarbeitete Lösung: Die Organisation der SP Frauen soll fortgeführt werden, da die Gleichstellung von Mann und Frau noch nicht erfüllt ist. Andere Gleichstellungsthemen werden vom neuen Fachausschuss Diversity anwaltschaftlich vertreten.

Gesucht: Leitung und engagierte Mitglieder für den Fachausschuss Diversity

Wichtig für einen erfolgreichen Start des neuen Fachausschusses Diversity ist eine motivierte Leitungsperson mit fachlichen Kenntnissen.

Folgende Anforderungen sollte ein künftiges Fachausschuss-Mitglied erfüllen:

- vertieftes Wissen in mindestens einem Spezialgebiet aus dem Themenspektrum des Fachausschusses (Gender, Queer, Migration, Zusammenleben der Religionen, interkulturelles Fachwissen etc.).

- hohe sprachliche Kompetenzen und sich schriftlich in stilsicherem Deutsch ausdrücken können, gerne kommunizieren, sich vernetzen und konfliktfähig sein.

Wir freuen uns über interessierte Genossinnen und Genossen! Bitte meldet Euch unter: sekretariat@sp-aargau.ch oder 062 834 94 74.

Eva Schaffner von Aarau ist SP-Einwohnerin und Vizepräsidentin SP Kanton Aargau.



SCHWEIZER UNTER FRANCO

Schweizer Diplomaten für Franco-Diktatur

Die schweizerische Diplomatie im Spanien des Bürgerkriegs und des Zweiten Weltkriegs hat sich Franco-freundlich verhalten. Darunter haben Schweizerinnen und Schweizer, die unter die Räder des besonders grausamen Falange-Regimes gerieten, schwer leiden müssen. Eine Studie des St. Galler Autors und Journalisten Ralph Hug belegt erstmals die Geschichte von diesen vergessenen Schweizer Opfern.

Seit 1980* kennen wir die Geschichte des Schweizer Hitler-Attentäters Maurice Bavaud, der 1941 in Berlin hingerichtet wurde. Die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin unter Hans Frölicher hatte es unterlassen, sich für den jungen Theologiestudenten einzusetzen. Das war kein Einzelfall, sondern ein Beispiel unter vielen für die politische Voreingenommenheit der damaligen Schweizer Autoritäten. Ralph Hug zieht in seinem Buch** denn auch Parallelen vom Fall Bavaud zu den von ihm untersuchten Fällen von Schweizern (und zwei Schweizerinnen), die von der Franco-Diktatur in Gefängnisse, Konzentrations- und Arbeitslager verschleppt wurden und die dort unter unsäglichen Bedingungen – Hunger, Kälte, Schmutz, Zwangsarbeit, Folter – zu überleben versuchten. Diese Lager wurden zum Teil von Mussolini-Leuten, andere von deutschen Nazis geführt und dienten der Franco-Diktatur zur Terrorisierung der Bevölkerung und zur Auslöschung des Widerstands gegen das neue Regime. Hug schätzt «rund 150 000 Tote durch die Repression im Hinterland, eine halbe Million Exilierte und Vertriebene und rund 20 000 Menschen ... die nach (Bürger- KK)Kriegsende von Militärtribunalen verurteilt und exekutiert wurden». Noch heute werden Massengräber aus jener Zeit gefunden – und zu vertuschen gesucht. Aus dieser Sicht muss die Schweizer

Spanien-Politik geradezu als Mithilfe zum Terror bezeichnet werden. Die anpasserische, als «Neutralität» deklarierte schweizerische Doktrin sollte den wirtschaftlichen Interessen der Schweiz dienen. Aufgrund der von Ralph Hug zitierten diplomatischen Korrespondenz und der belegten Unterlassung der Hilfe an die eingesperrten Schweizer muss aber auch davon ausgegangen werden, dass die zumeist aus der damaligen bürgerlichen Elite stammenden rechtskonservativen und antikommunistischen Politiker und Diplomaten sich mit den geschundenen, in linkem Geruch stehenden Schweizern nicht gemein machen mochten und diese auch von der Heimat fernhalten wollten. Oft wurden schäbige finanzielle Gründe wie Reisekosten als Gründe für die Untätigkeit vorgeschoben.

In den elf von Hug in mehrjährigen, von ihm selber finanzierten, die neueste Forschung einbeziehenden Recherchen gewonnenen Fallbeispielen wird das Verhalten der schweizerischen Diplomatie in Spanien gezeigt. Interessant dabei auch: Der «durch seine Distanzlosigkeit zu den Nazi-Machthabern politisch kompromittierte» (Hug) nachmalige Schweizer Gesandte in Berlin Hans Frölicher war als Chef der politischen Sektion der Abteilung für Auswärtiges auch für das Spanien-Dossier verantwortlich und prägte so, ganz im Einvernehmen mit dem

katholisch-konservativen Aussenminister und Mussolini-Verehrer Giuseppe Motta, die Franco-freundliche und die republikanische Regierung links liegen lassende Spanien-Politik dieser Jahre.

Das Buch beschäftigt sich erstmals mit den «vergessenen» Schweizern – teils Wirtschaftsmigranten, teils Spanienkämpfer – und bringt neue Daten und Erkenntnisse über jene im öffentlichen Bewusstsein der Schweiz noch immer nicht angekommene Zeit der europäischen faschistischen Fronten. Es zeigt, welcher Art die spanische Variante des Faschismus war und wie sich dieser bleiern auf Volk und Land legte. In einigen Köpfen geistert ja noch die irri-ge Ansicht herum, die Franco-Diktatur habe auch ihr Gutes gehabt, indem sie den Kommunismus in Spanien abgewehrt habe. In der Tat herrschte Franco bis zu seinem langen Sterben im Jahr 1975 während 36 Jahren eisern über Spanien. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war der Faschismus in Europa allerdings nicht mehr salonfähig, und der auf Motta und Pilet Golaz folgende Aussenminister Max Petitpierre sorgte auch für eine rechtsstaatlichere Spanien-Politik. Die verbleibenden faschistischen Diktaturen in Spanien bis 1975 und in Portugal bis 1974 konnten nicht mehr mit der selbstverständlichen Anerkennung des Auslands rechnen. In Spanien wurde die Franco-Zeit aber bis heute nicht aufgearbeitet. Noch immer wird das Schicksal von mindestens 114 000 Vermissten unter dem Deckel gehalten, und auch die Vereinten Nationen haben bisher, letztmals im Herbst 2013, vergebens eine aktivere Suche nach diesen angemahnt. Die von Hug erforschten und eindrücklich in ihrer ganzen furchtbaren Wirklichkeit gezeigten Biografien der in Spanien verfolgten Schweizer tragen zu dieser Aufarbeitung bei. Das neue Werk von Ralph Hug ist damit für die verdrängte Geschichte der Schweizer Politik und Diplomatie jener Zeit von grosser Bedeutung.

* Niklaus Meienberg: Es ist kalt in Brandenburg. Ein Hitler-Attentat. Limmat Verlag Zürich 1980, Neuaufgabe 2013. Dazu: Film von 1980 von Villi Hermann, Niklaus Meienberg und Hans Stürm mit gleichem Titel.

**Ralph Hug: Schweizer unter Franco. Eidgenössische Diplomatie und die vergessenen Opfer der Franco-Diktatur 1936–1947. Rotpunktverlag Zürich, November 2013, 399 Seiten, 48 Franken.



KOMMENTAR

Keine linke Mitte mehr

Wir werden im Sommer, wenn die Hauptanträge der «Leistungsanalyse» unter Dach sein werden, sicherlich wieder gefragt, warum wir uns nicht stärker gegen



dieses unsoziale Sparpaket gewehrt hätten. Einmal mehr werden wir auch wieder darauf verweisen, dass die Linke im Jahr 2009 massive Stimmenanteile verloren hat. Seit diesem Zeitpunkt

gibt es im Aargauer Kantonsparlament keine Linkskoalition mehr, die fähig wäre, eigene Anliegen durchzubringen oder Angriffe von Rechtsausen abzuwehren. Mitte-Links-Bündnisse können allenfalls noch in Ausnahmefällen geschmiedet werden, weil es eine bürgerliche Mitte kaum mehr oder höchstens noch in Fragen des Umweltschutzes gibt.

Die Auswirkungen dieser Verschiebung nach rechts werden besonders deutlich, wenn finanzielle Fragen im Zentrum stehen. Die bürgerliche Mehrheit, in erster Linie die SVP mit ihrer Juniorpartnerin FDP, aber auch die Aargauer CVP, bei der heute vom ehemals christlich-sozialen Flügel nichts mehr übrig geblieben ist, schickt sich an, aus dem Aargau den neoliberalen Musterkanton zu machen: Steuern für die Gutverdienenden und die Wirtschaft werden gesenkt und staatliche Leistungen werden abgebaut – und wenn dann die Finanzen langsam knapper werden, malt man den Teufel an die Wand, schnürt Sparpakete und baut Leistungen ab. Das hat System, und da machen alle mit, SVP, FDP, BDP, CVP, GLP. Meine Vorhersage: Der unsoziale Leistungsabbau stützt sich im Aargau Parlament auf eine komfortable Zwei-Drittel-Mehrheit ab. Das können wir nur an der Urne ändern!

Marie-Louise Nussbaumer Marty von Nussbaumen ist SP-Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.

SPARPAKET AARGAU «LEISTUNGSANALYSE»

Abbau um jeden Preis – ohne uns!

Das Klima im bürgerlichen Aargau ist vergiftet: Obwohl unser Kanton im schweizerischen Vergleich pro Kopf am wenigsten ausgibt, betreibt die bürgerliche Mehrheit Abbau, wo sie kann. Alles, was kostet, wird verteufelt – vor allem, wenn es nicht der Wirtschaft, sondern den Menschen zugute kommen soll. Soziale Werte werden als naives Gutmenschentum ins Lächerliche gezogen. Die Regierung gehorcht diesem Setting vorausseilend und treibt den Leistungsabbau in der Bildung, im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie bei Umwelt und Kultur voran.

So geschehen mit der der sogenannten «Leistungsanalyse» – die keine wirkliche Analyse ist, weil von Anfang an das Ziel war, damit jährlich bis 120 Millionen Franken zu sparen. Empörend ist der angebliche Grund: kein Wort darüber, dass wegen der wiederholten Steuerensenkungen die Einnahmen mehr als geplant zurückgehen und Defizite drohen. Der Aargau habe ein «Ausgabenproblem», heisst es, ein Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben wird verleugnet. Und: Die Budgets der letzten Jahre waren regelmässig um mehrere hundert Millionen Franken zu pessimistisch. Die Notwendigkeit der Sparmassnahmen ist also stark in Frage zu stellen – und dafür so Wichtiges wie die Bildung zu opfern, ist dreist.

Sparen ohne zu diskutieren

Dreist ist auch das Vorgehen: Ein Grossteil der Sparmassnahmen versteckte die Regierung bereits im Budget 2014 und im Finanzplan 2015–17. Die Bürgerlichen winkten alles durch und nahmen zu Gegenanträgen der Linken nicht einmal Stellung. Alle Massnahmen, die eine Revision eines Gesetzes oder eines Dekrets benötigen, werden nun dem Grossen Rat in einer Sammelbotschaft präsentiert. Die Anhörung lief bis zum 14. Februar. Das Paket mit den vielen Sparmassnahmen spielt – bewusst oder unbewusst – verschiedene Gruppen gegeneinander aus. Und es fördert eine fatale Spar-Erwartungshaltung: Wer einen Sparvorschlag ablehnt, soll dafür einen neuen bringen. Sparen und Abbau werden nicht hinterfragt. Mehr noch: Von den Bürgerlichen, vornehmlich von der SVP, kommen noch viel weitergehende Sparbegehren. Der Regierungsrat wird alle behandeln müssen, denn er hat ja danach gefragt...

Referendum ist sicher

In der Vernehmlassung hat die SP alle Massnahmen klar abgelehnt, die Leistungsabbau bedeuten oder einfach nur Lasten vom Kanton zu Gemeinden oder über Gebühren zu den Einwohnerinnen und Einwohnern verschie-

ben. Nach der Ratsdebatte, voraussichtlich im Sommer, wird es auf jeden Fall zum Volksreferendum kommen. Wobei noch nicht klar ist, ob ein Entscheid über das ganze Paket gefällt wird oder ob es für jede Massnahme einen Entscheid gibt – der dann auch je mit einem Referendum bekämpft werden müsste. Vieles zum weiteren Verlauf ist noch unklar. Klar ist nur, wer verlieren wird: Wir alle werden es sein, die überrissene Steuererleichterungen für Reiche bezahlen müssen. Für die SP ist deshalb klar: Über Abbau diskutieren wir nicht. Gegen das Sparpaket wehren wir uns grundsätzlich, im Parlament, an der Urne – und, weil es wieder einmal nötig ist, auch auf der Strasse!

Dieter Egli von Windisch ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau und Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion.



«Es ist eine zyklische Bewegung, mein Sohn. Manchmal v Und manchmal werden die Reichen reicher und bei den A

SPARPAKET «LEISTUNGSANALYSE»

Der Aargau hat ein Einnahmenproblem

Die Vernehmlassung der SP Kanton Aargau zum Sparpaket «Leistungsanalyse» ist klar: «Wir lehnen grundsätzlich alle Vorschläge zur Leistungskürzung in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit, Umwelt und Sicherheit ab. Nicht akzeptabel sind für uns auch die reinen Lastenverschiebungen vom Kanton zu den Gemeinden. Insgesamt beurteilen wir die Leistungsanalyse als unnötig und das regierungsrätliche Vorgehen, verschiedenste Abbaumassnahmen unter Umgehung der demokratischen Diskussion eigenständig umzusetzen, als wohl in seiner rechtlichen Kompetenz liegend, aber dennoch verantwortungslos.» Fazit der SP: Der Kanton hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem.

Beispiel Abschaffung Berufswahljahr:

Das Berufswahljahr ermöglicht durch die gezielte Förderung der SchülerInnen mehr Übertritte von der Regelklasse in eine Berufslehre. Das Angebot zahlt sich daher aus. Es ist davon auszugehen, dass bei einem Wegfall viele SchülerInnen die Kantonale Schule für Berufsbildung besuchen würden, also ist keine Kosteneinsparung durch die Abschaffung des Berufswahljahrs zu erwarten. Richtig ist, dass dieses Angebot mit der Einführung des Lehrplans 21 überprüft werden soll. Das Angebot ist folglich so lange aufrecht zu erhalten.

Beispiel Krankenkassenprämien-Verbilligung:

Gegen eine möglichst bedürfnisgerechte Ausschüttung von individuellen Prämienverbil-

lungen bestehen keine Einwände. Die SP Aargau lehnt eine ungenügende Anpassung der Richtprämien und die Erhöhung des massgeblichen Einkommens beziehungsweise des entsprechenden Prozentsatzes klar ab. Sie entsprechen einer asozialen Sparübung auf dem Buckel der Ärmsten unserer Gesellschaft.

Beispiel Förderprogramm Energie:

Die SP Kanton Aargau ist entschieden gegen weitere Kürzungen beim Förderprogramm Energie. Die Einsparungen sind weder aus ökonomischer noch aus ökologischer Sicht sinnvoll. Nachgewiesenermassen werden pro Förderfranken zwischen 5 und 10 Franken Investitionen ausgelöst, von denen in erster Linie lokale und regionale KMU profitieren. Je weniger der Kanton an Fördergeldern bereit stellt, desto weniger bezahlt der Bund, was wiederum den KMU verloren geht. Der Regierungsrat widerspricht sich selbst, wenn er einerseits mit einer spürbaren Zunahme der Förderanfragen rechnet, andererseits die dazu benötigten Mittel nicht zur Verfügung stellt und fordert, die bisherigen Massnahmen müssten ausgeweitet werden, damit die energiepolitischen Ziele erfüllt werden können, aber gleichzeitig die von ihm selbst verlangte Ausweitung mit den vorgeschlagenen Kürzungen verunmöglichlicht.

Die Vernehmlassung der SP Kanton Aargau zum Sparpaket kann online gelesen werden: www.sp-aargau.ch/positionen/vernehmlassungen/

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



KOMMENTAR

Standortattraktivität? Nicht für den ländlichen Aargau!

«Das Regelungsprinzip lautet: so wenig wie möglich, so viel wie nötig.» So fasst die Regierung das neue Rahmengesetz «Familienergänzende Kinderbetreuung» zusammen.



Es wäre zu schön gewesen: ein zeitgemässes, modernes Gesetz, das die Gemeinden in Pflicht nimmt.

Die vorgeschlagene Neuregelung aber bedeutet vor allem für die ländlichen Regionen unseres Kantons, und von denen hat es ja nicht wenige, einen grossen Rückschritt. Hier, wo dauernd die Angst vor allzu grosser Einmischung des Kantons in die Gemeindeautonomie in den Vordergrund gestellt wird, wäre es dringend nötig gewesen, mit einem Gesetz verpflichtende Standards festzulegen.

Das Thema «familienexterne Betreuung» polarisiert und emotionalisiert vor allem die ländliche Bevölkerung. Lokale Abstimmungen fallen oft zu Gunsten der TraditionalistInnen aus. Es kann sogar so weit gehen, dass richtige Gräben in den Dörfern entstehen. Da spalten sich die Konservativen von dem Teil der Bevölkerung – oft auch Zugezogene –, für den die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Selbstverständlichkeit ist und der sich Betreuungsangebote zur Unterstützung ihres Alltages wünscht oder braucht.

Mit dem vorgelegten Rahmengesetz können alle, die mit ihrem «Nein zu teuren Staatskindern» gegen familienexterne Angebote wettern, ungeniert und mit Erfolg ihre Politik des letzten Jahrhunderts fortsetzen. Ein (weiterer) Graben zwischen Land und Stadt ist aufgetan; das Zauberwort «Standortattraktivität» der Regierung wird zur Farce.

Dieses Rahmengesetz ist unbrauchbar.

Elisabeth Burgener Brogli von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.



werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Armen ändert sich nichts.»

KOMMENTAR

Atom Mülllager: Ein Langzeitproblem

50 Jahre Atomwirtschaft hinterlassen kommenden Generationen neben milliardenschweren Folgekosten auch ein gewaltiges Altlastenproblem in einer unglaublichen Zeitdimension. Bis zu 100 000 Jahre strahlen schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA). Bei den hochradioaktiven Abfällen (HAA) aus den Atomkraftwerken, die noch viel stärker strahlen und deshalb noch giftiger sind, beträgt der Betrachtungszeitraum laut dem Eidgenössischen Nuklearinspektorat (ENSI) sogar eine Million Jahre. Gefragt ist daher nicht die schnellste oder günstigste Entsorgungsvariante, sondern diejenige mit dem kleinsten Restrisiko für die nächsten paar tausend Jahre.

Der sicherste Atom Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Deshalb gilt es vordringlich, damit aufzuhören, weiterhin Atom müll zu produzieren. Vorübergehend werden radioaktive Abfälle im Zwiilag* deponiert. Immerhin sind sie da jederzeit rückholbar und werden 24 Stunden am Tag überwacht. Doch aus dem Zwischenlager in Würenlingen darf kein Endlager werden. Dafür wurde es weder gebaut noch politisch legitimiert. Kommt dazu, dass bisher die meisten Experten davon ausgehen, dass ein Tiefenlager als Endlager über Jahrtausende hinweg gesehen wegen möglichen politischen Instabilitäten geeigneter sein könnte als ein Oberflächenlager.

Hektik ist also fehl am Platz: Wir müssen uns die Zeit nehmen, die es braucht, um nach aktuellem Kenntnisstand die beste Lösung zu finden. Selbst dann, wenn dadurch die Abfälle etwas länger als geplant im Zwiilag bleiben. Denn im Vergleich zur Langzeitproblematik des Atom mülls ist jede vorübergehende Verzögerung verschwindend kurz.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen-Obersiggenthal ist Nationalrat SP und Projektleiter in der Umwelt Arena in Spreitenbach.

* In den Anlagen der Zwiilag Zwischenlager Würenlingen AG (www.zwiilag.ch) und im angrenzenden eidgenössischen Bundeszwischenlager werden alle Kategorien radioaktiver Rückstände schweizerischen Ursprungs verarbeitet und zwischengelagert.



KONSUMENTENSCHUTZ BEWERTET NATIONALRÄTINNEN

Aargauer NationalrätInnen und Konsumentenschutz

Zur Legislatur-Halbzeit im Dezember 2013 hat die Allianz der Konsumentenschutz-Organisationen das Verhalten der NationalrätInnen bei 20 Abstimmungen mit Bezug zum KonsumentInnenenschutz untersucht. Aus der Aargauer Delegation stimmen Max Chopard und Cédric Wermuth (beide 100 Prozent), Yvonne Feri (95 Prozent) und Geri Müller (90 Prozent) am zuverlässigsten im Sinne der KonsumentInnen. Am Ende der Skala rangieren fünf SVP-Abgeordnete.

Untersucht wurde das Stimmverhalten aller schweizerischen NationalrätInnen. Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) schreibt dazu: «Vor den eidgenössischen Parlamentswahlen 2011 haben 54 Nationalräte die Konsumentencharta unterzeichnet und sich damit verpflichtet, die Anliegen der Konsumenten in acht zentralen Themenbereichen zu vertreten. Während in der Romandie die Mehrheit der Nationalräte die Konsumentencharta unterzeichnet hat, ist dies für die Deutschschweiz und das Tessin nicht der Fall. Dementsprechend ist die Unterstützung für Konsumenten-anliegen in der Westschweiz vergleichsweise stark.» Mit der «Charta zur Förderung eines sicheren und transparenten Marktes» konnten sich die Kandidierenden 2011 unterschrieben zur Wahrung der KonsumentInneninteressen in acht Bereichen verpflichten: Konsumverträge, Gesundheit, Finanzdienstleistungen, Digitale Welt und Telekommunikation, Produkte- und Lebensmittelsicherheit, Ernährung, Energie und Nachhaltigkeit und Sammelklagen.

Bei 22 Abstimmungen im Nationalrat aus den Sessionen vom Winter 2011 bis zum Winter 2013 wurden die Resultate evaluiert. Dabei ging es um Geschäfte wie «Wirkungsvolle Massnahme gegen überbewertete Importprodukte», «Verpflichtende Nährwertkennzeichnung für Lebensmittel», «Kreditkarten. Strengere Vorschriften zur Bekämpfung der Verschuldung von jungen Erwachsenen», «Faire Handy- und SMS-Gebühren auch für Schweizerinnen und Schweizer», «Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur FABI» oder die Revision des Lebensmittelgesetzes.

Wie konsequent stimmte gemäss Rating die Aargauer Nationalratsdelegation für den Konsumentenschutz? Nachfolgend eine Übersicht:

Max Chopard-Acklin, SP	100 % (20 von 20)
Cédric Wermuth, SP	100 % (20 von 20)
Yvonne Feri, SP	95 % (19 von 20)
Geri Müller, GP	90 % (18 von 20)
Ulrich Giezendanner, SVP	80 % (16 von 20)
Ruth Humbel, CVP	60 % (12 von 20)
Beat Flach, GLP	55 % (11 von 20)

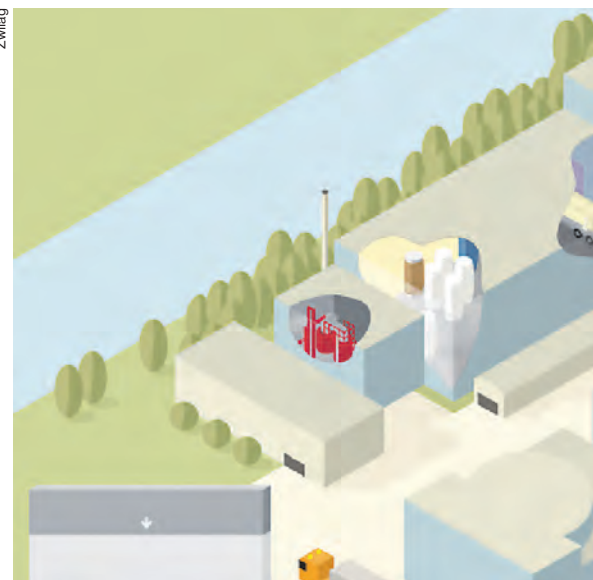
Bernhard Guhl, BDP	45 % (9 von 20)
Philipp Müller, FDP	20 % (4 von 20)
Corina Eichenberger, FDP	20 % (4 von 20)
Hansjörg Knecht, SVP	15 % (3 von 20)
Hans Killer, SVP	10 % (2 von 20)
Maximilian Reimann, SVP	10 % (2 von 20)
Luzy Stamm, SVP	5 % (1 von 20)
Sylvia Flückiger, SVP	5 % (1 von 20)

Für die Reihenfolge der Liste wurden auch die Anzahl Enthaltungen und die Abwesenheiten bei den 20 untersuchten Abstimmungen berücksichtigt. Das ganze Rating kann hier eingesehen werden:

http://www.konsumentenschutz.ch/sks/content/uploads/2013/12/13_12_Politikerrating_ap.pdf

Am 18. Oktober 2015 finden die nächsten Wahlen in den National- und den Ständerat statt.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



FACHSTELLE PERSONALSICHERHEIT FAPS

Mehr Sicherheit für exponiertes Staatspersonal

Mit einer Teilrevision des Organisationsgesetzes will das Departement von Regierungsrätin Susanne Hochuli die Sicherheit des Personals des öffentlichen Dienstes im Kanton Aargau verbessern. Die vorgeschlagenen Reformen gehen in die richtige Richtung, sie müssen jedoch erweitert und präzisiert werden.

Nach zwar seltenen, aber höchst tragischen Angriffen auf Personen des öffentlichen Dienstes sowie Behördenmitglieder ist seit mehreren Jahren das Bedürfnis entstanden, die präventive Personalsicherheit in der Verwaltung und für Behördenmitglieder zu verbessern. Dazu hat der Aargau seit Januar 2013 im Departement Gesundheit und Soziales die Fachstelle Personalsicherheit (FAPS) eingerichtet.

Da diese jedoch personell unterdotiert ist (Pensum von 10 Prozent!) und in einem datenschutzrechtlich problematischen Bereich arbeitet, soll das Pensum auf 50 Prozent aufgestockt und der Informationsfluss im Sinne eines ganzheitlichen Bedrohungsmanagements zwischen Behörden und Dienststellen geregelt werden.

So soll die FAPS mit den Strafverfolgungsbehörden Daten austauschen können, die ihr ermöglichen, kantonale und zum Teil kommunale Angestellte über mögliche Bedrohungslagen präventiv zu informieren und zu beraten. Um besonders schützenswerte Daten im Sinn des kantonalen Datenschutzgesetzes zwischen FAPS und Strafverfolgungsbehörde austauschen und der betroffenen Behörde weiterleiten zu können, soll im Organisationsgesetz die Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden.

Die Revisionsvorschläge sind jedoch verbesserungsbedürftig. Klar zu bemängeln ist die magere personelle Ausstattung der FAPS: Gerade in einer so sicherheitsrelevanten Amtsstelle sind kürzeste Reaktionszeiten gefordert. Es ist dem betroffenen Personal ja nicht zuzumuten, dass es im Gefährdungsfall wegen der personellen Unterdotierung Tage auf ein Feedback warten muss. Zugang zur FAPS sollen uneingeschränkt nur gewisse Personen, nämlich Mitglieder kantonaler Behörden und gewisser kantonaler Verwaltungszweige sowie (kommunale) Lehrpersonen haben. Die SP fordert darum, dass das gesamte Personal der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen wie der Staatsanstalten gleichberechtigten Zugang zur FAPS erhalten. Bedrohungsszenarien beschränken sich nämlich nicht auf einzelne Segmente der Staatstätigkeit, und es darf nicht sein, dass eine «Schutz-Hierarchie» innerhalb des Personals der verschiedenen öffentlichen Dienste geschaffen wird!

Ebenso zu fordern ist ein konsequenter Datenschutz für die betroffenen Personen: Der Austausch der Daten von potentiell gefährlichen Personen muss unter striktester Wahrung des Verhältnismässigkeitsprinzips erfolgen. Was mit den Daten geschieht, ob diese gespeichert werden und was mit solchen Datensammlungen geschieht, muss in der Botschaft zur Revision klargestellt und im Gesetz geregelt werden. Es müssen auch Rechtsmittel zur Verfügung stehen für den Fall, dass einmal fälschlicherweise Meldungen an oder von der FAPS erfolgen sollten. Hierzu muss eine Präzisierung auf Gesetzes- beziehungsweise Verordnungsstufe erfolgen.

Luca Cirigliano von Lenzburg ist SP-Bezirksrichter, Datenschutzbeauftragter der SP Kanton Aargau und Zentralsekretär für Arbeitsrecht beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB.



Nah am Wasser gebaut:
Zwilag bei den AKW Beznau.

KOMMENTAR

Zwilag als Endlager?

Die fünf AKW können gemäss Betreibern, ENSI und Bundesrat so lange betrieben werden, wie sie sicher sind. Mit dem Zwilag haben wir einen perfekten Lagerort,



«der rein technisch als Endlager betrieben werden kann» (Aargauer Zeitung vom 25.1.14).

Nagra-Chef Thomas Ernst ist von der sicheren «Endlagerung» überzeugt. Einzig der Zeit-

plan für die Inbetriebnahme der Lager verzögere sich auf 2035 für leicht- und auf 2045 für hochradioaktive Abfälle.

Sind der AKW-Betrieb sicher und die Lagerung der Atomabfälle wirklich gelöst? Was sind Atom-Versprechungen wert? Wird das Zwilag zum Endlager? Misstrauen ist angebracht: In der Betriebsbewilligung von 1978 für das AKW Gösgen schrieben die Bundesbehörden, es müsse «bis Ende 1985 ein Projekt» vorgelegt werden, das für die sichere Entsorgung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle Gewähr bietet. Bei Nichterfüllung dieser Frist «müsse die Anlage Gösgen allenfalls abgestellt oder sogar stillgelegt werden»*.

Seit Fukushima hat ENSI-Direktor Hans Wanner vor den Medien mehrmals beteuert, dass alle AKW gegenüber einem 10000-jährigen Hochwasser sicher sind. Die beiden AKW Beznau stehen auf einer Insel mitten in der Aare. Dort wird 43 Prozent der Schweiz entwässert. Vor zwei Monaten gab das ENSI bekannt, dass während der nächsten drei Jahre untersucht werden soll, wie viel Wasser bei Extremhochwassern in der Aare herunterfliessen könnte. Zurzeit untersuchen ENSI-Ingenieure und Beznau-Mitarbeiter sämtliche Öffnungen und Undichtigkeiten der AKW, um herauszufinden, bis zu welcher Wasserhöhe die AKW sicher sind. Wer all das nicht mehr tatenlos geschehen lassen will, ist herzlich eingeladen, am 11. März, am dritten Jahrestag von Fukushima, zwischen 16 und 18 Uhr vors ENSI und auf den Campusplatz in Brugg-Windisch zu kommen.

Heini Glauser von Windisch ist Mitorganisator der Mahnwache vor dem ENSI (Mo-Do von 17-18 Uhr).

* Susan Boos: Strahlende Schweiz. Rotbuchverlag Zürich 1999



Wahlen 2015

2011 konnte die SP Kanton Aargau bei den nationalen Wahlen einen grossen Erfolg feiern. Wir durften unserer neuen Ständerätin Pascale Bruderer Wyss, unserer neuen Nationalrätin Yvonne Feri, unserem neuen Nationalrat Cédric Wermuth und unserem bisherigen Nationalrat Max Chopard-Acklin zur Wahl gratulieren. Diesen Erfolg haben wir natürlich den Wählerinnen und Wählern zu verdanken, welche SP gewählt haben. Und dafür gab und

gibt es viele gute Gründe. Selbstverständlich politisch-inhaltliche, aber auch personelle. Die Nationalratswahlliste 2011 war wohl eine der stärksten, die diese Kantonalpartei je gesehen hat: Fünfzehn engagierte Genossinnen und Genossen mit vielfältigen beruflichen und privaten Erfahrungshintergründen auf einer alters- und regionenmässig ausgewogenen Liste setzten sich von Beginn an bis zum Wahltag mit vollem Einsatz ein. Und auch der Wahlkampf selbst hat massgeblich zum Erfolg beigetragen: Eingebettet in die nationale Kampagne, versehen mit eigenen Schwerpunkten und vor allem getragen von vielen Mitgliedern der Kantonalpartei. Mitgliedern, die mit ihrer Zeit, ihrem Wissen und Einsatz und mit tatkräftiger finanzieller Unterstützung unseren Erfolg erst ermöglicht haben.

Damit SP eben auch in Zukunft als Synonym für «Starke Persönlichkeiten» verstanden wird: Machen wir 2015 gemeinsam wieder zu einem erfolgreichen Wahljahr für die SP Kanton Aargau! Die Chancen stehen sehr gut, der Aargau hat einen sechzehnten Sitz im Nationalrat zugute. Der Parteirat wird am 11. März durch die Geschäftsleitung zum ersten Mal

Machen wir 2015 wieder zu einem erfolgreichen Wahljahr.

über den Stand der Planungen informiert. Und bereits jetzt rufe ich Euch auf: Meldet Euch beim Parteisekretariat oder direkt bei mir, wenn ihr fähige Kandidatinnen oder Kandidaten für die Nationalratswahlen kennt. Oder wenn ihr euch selber eine Kandidatur überlegt, aber weitere Informationen zur Entscheidungsfindung benötigt. Oder wenn ihr bereits jetzt wisst, dass ihr Euch gerne im Wahlkampf engagieren möchtet oder Support bieten könnt. Es gibt, genau wie vor vier Jahren, keinen Grund, länger zuzuwarten.



Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Kanton Aargau und Grossrat.

Nationalrätin Yvonne Feri zu Gast in eurer Sektion!

Mit Freude diskutiere ich mit euch eure Anliegen und Fragen. Ich kann euch über die Arbeit in Bern berichten, über wichtige Abstimmungen informieren oder Inputs zur Gemeindepolitik geben. Eure Anliegen und Gedanken sollen meine politische Arbeit mitgestalten.

Einfach ein Mail mit Terminanfrage schreiben! Ich freue mich darauf vorbeizukommen, zuzuhören, mitzureden, mit euch zu sein.

Herzlichst, Yvonne Feri

yvonne.feri@parl.ch/ www.yvonneferi.ch



21. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 27. März 2014
19.30 bis 21.00 Uhr

GNUSS UND STIL
Gewerbezentrum Neuhaus
Promenadenstr. 6
5330 Bad Zurzach

Bericht von der Frühlingssession

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:
SP Bezirk Zurzach

VERSCHIEBUNG DES ORDENTLICHEN PARTEITAGS

Der Ordentliche Parteitag der SP Kanton Aargau mit der Wahl des neuen Parteipräsidiums findet nicht wie ursprünglich gemeldet am 28., sondern am 21. Juni 2014 statt.

Die Einladung dazu wird rechtzeitig verschickt.

AGENDA

4. und 18. März, 1. und 22. April
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau.

Jeweils 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

11. März

Parteirat

20 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau

24. März 2014

Gespräch zur Mindestlohn-debatte in Deutschland und in der Schweiz.

19.30 Uhr, Altes Zeughaus, Zeughausgässli 85, Laufenburg/Schweiz. Mit Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP, Rita Schwarzelühr, SPD-Bundestagsabgeordnete, Parlamentarische Staatssekretärin, Jendrik Scholz, DGB-Bezirk Baden-Württemberg, Kurt Emmenegger, Präsident Aarg. Gewerkschaftsbund, AGB, Grossrat SP

25. März

ao. Parteitag

20–22 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau

27. März

Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin

19.30–21 Uhr, Bad Zurzach

IMPRESSUM

SP Aargau
Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
10. Februar 2014
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
17. März 2014
Erscheinen nächste Ausgabe
3. April 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Elisabeth Burgener Brogli, Max Chopard-Acklin, Luca Cirigliano, Dieter Egli, Heini Glauser, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Marie-Louise Nussbaumer Marty, Eva Schaffner, Salome Strobel (Foto Seite 10), David Zehnder (Foto S.9).

Foto Seite 11: Der schweizerische Gesandte Eugène Broye (2. v. l.) beim Akkreditierungszeremoniell am 14. März 1934 in Burgos, umgeben von Repräsentanten Francos. Foto Schweizerisches Bundesarchiv.

Cartoon auf den Seiten 12 f.: Richard Wilkinson und Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. 4. Auflage, Berlin 2012, S. 198.